

MANAGER

Hartz im Schussfeld

In der Debatte um die Nebeneinkünfte von Politikern gerät auch VW-Personalvorstand Peter Hartz zunehmend unter Druck. Obwohl der Beratervertrag mit der Firma CoNeS, an welcher der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident Sigmar Gabriel (SPD) anfangs zu 75 Prozent beteiligt war, neben der Unterschrift von Hartz auch die von VW-Chef Bernd Pischetsrieder trägt, soll der Personalmanager die treibende Kraft hinter dem Engagement gewesen sein. Gabriel hatte Hartz seine Dienste als Politikberater angeboten, nachdem er die Landtagswahl verloren hatte und den Posten im Aufsichtsrat des VW-Konzerns abgeben musste. Hartz hatte VW-Chef Pischetsrieder daraufhin die Beschäftigung von Gabriel vorgeschlagen. Der Konzernchef willigte ein, weil er als Präsident des Verbandes der europäischen Automobilindustrie politische Unterstützung für die Lobbyarbeit in Brüssel gebrauchen konnte. Gabriel war dort nachweislich für das Unternehmen aktiv. Von Seiten der Landesregierung unter CDU-Ministerpräsident Christian Wulff wird Hartz nun vorgeworfen, er habe ein Netzwerk von SPD-Männern im Konzern aufgebaut. So hat der VW-Personalvorstand auch den einstigen saarländischen SPD-



Hartz, Pischetsrieder, Gabriel

Wirtschaftsminister Reinhold Kopp als Leiter der Abteilung Regierungsbeziehungen eingestellt. Sein 64. Geburtstag im August dieses Jahres, so wird in der niedersächsischen Regierung bereits spekuliert, wäre ein guter Zeitpunkt für Hartz, den Posten im VW-Vorstand zu räumen.

FINANZEN

Klage gegen Nachtragshaushalt

Union und FDP werden auch den Nachtragshaushalt 2004 vor das Bundesverfassungsgericht bringen. Die Opposition begründet ihre Klage vor allem damit, dass die Bundesregierung den Nachtrag zum Etat 2004 „erst lange nach seinem Erforderlichwerden“ beantragt habe. Die Regierung habe frühzeitig gewusst, dass die Hartz-IV-Reform erst zum 1. Januar 2005 kommt, der Bundesbankgewinn um mehr als



Verfassungsrichter-Roben

drei Milliarden Euro geringer sein werde und die Steuereinnahmen um etwa neun Milliarden Euro niedriger aus-

fallen werden. „Der dringend erforderliche Nachtragshaushalt war daher spätestens Ende Mai vollends unumgänglich geworden“, heißt es in der elfseitigen Klageschrift. Weiter bemängeln Union und FDP, dass mit dem Nachtragsetat zum dritten Mal in Folge die Neuverschuldung die Investitionen übersteigt. Was das Grundgesetz „nur als Ausnahme bei einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts hinnimmt, ist für die Bundesregierung mittlerweile zur Regel geworden“, so die Kläger. Seit ihrer Amtsübernahme hat die rot-grüne Regierung mehr als 180 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen.

STEUERN

Fliegen wird teurer

Die Pläne, die europäischen Entwicklungshilfeausgaben durch eine Besteuerung von Flugbenzin aufzustocken, werden immer konkreter. Am Rande des G-7-Treffens Anfang Februar in London haben sich die europäischen Finanzminister darauf verständigt, dass die geplante Kerosinsteuer auf Flüge in Europa „zwischen vier und acht Milliarden Euro“ einbringen soll. „Mit den Einnahmen soll ein Impfschutzprogramm für Afrika aufgelegt werden“, sagt ein Teilnehmer. Weil Amerika eine

solche Steuer ablehnt, wollen die europäischen Finanzminister Kerosin allein auf innereuropäischen Strecken verteuern. Derzeit rechnet das Bundesfinanzministerium aus, wie hoch eine solche Steuer sein muss, um die gewünschten Einnahmen zu erzielen. Eichels Experten schlagen einen Steuerersatz von „300 Euro pro Tonne“ vor, der allein den deutschen Kerosinverbrauch um mehr als 650 Millionen Euro pro Jahr verteuern würde. Flugtickets würden dann zwischen fünf und zehn Euro pro Strecke mehr kosten. Eichel will diese Daten seinen Kollegen auf dem nächsten Treffen der EU-Finanzminister in dieser Woche vorstellen.



Flugzeugbetankung

len. Der größte Widerstand gegen eine europaweite Kerosinsteuer wird von der irischen Regierung erwartet.